



Unions-Kritik an Mietpreisbremse unverständlich

Unions-Kritik an Mietpreisbremse unverständlich
Zögerliche Haltung der Bundesländer zeigt, bundesweite Regelung notwendig
"Ich habe kein Verständnis für die jetzt in der CDU/CSU laut werdende Kritik an der Mietpreisbremsen-Regelung von Bundesjustizminister Heiko Maas. Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Union haben im Bundestagswahlkampf die Mietpreisbremse angekündigt und versprochen. Jetzt, wo es um deren Umsetzung geht, scheinen einige bei CDU und CSU kalte Füße zu bekommen", kritisierte der Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes (DMB), Lukas Siebenkotten, Unionsstimmen, die den Gesetzesantrag zur Mietpreisbremse als unausgewogen und investitionsfeindlich bezeichnet hatten. "Die zögerliche Haltung der Bundesländer, von denen Zeitungsberichten zufolge nur 5 planen, die Mietpreisbremse vor Ort umzusetzen, zeigt, dass wir eine bundesweite Regelung brauchen. Die Entscheidung, ob die Mietpreisbremse kommt oder nicht, darf nicht von der jeweiligen politischen Entscheidung der 16 Landesregierungen abhängen."
CSU-Landesgruppen-Chefin Gerda Hasselfeldt, Unionspolitiker der Arbeitsgemeinschaften Recht und Verbraucherschutz sowie Umwelt und Naturschutz und der CDU-Wirtschaftsrat kritisieren den Referentenentwurf zur Mietpreisbremse als investitionsfeindlich und fordern Änderungen. So sollen beispielsweise auch objektive Kriterien definiert und im Gesetz verankert werden, die bei der Ausweisung angespannter Wohnungsmärkte gelten sollen.
Lukas Siebenkotten: "Die Mietpreisbremse ist nicht investitionsfeindlich. Erstvermietungen im Wohnungsneubau sind von der Mietpreisbremse überhaupt nicht betroffen. Die Kritik an der Definition der Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten ist nicht nachvollziehbar. Vor knapp einem Jahr haben die damaligen Koalitionspartner CDU/CSU und FDP eine wortgleiche Regelung geschaffen. Auf deren Grundlage können die Länder Städte ausweisen, in denen die Kappungsgrenze in laufenden Mietverhältnissen von 20 auf 15 Prozent in drei Jahren gesenkt wird."
Eine Umfrage des Magazins Spiegel unter den 16 Bundesländern soll ergeben haben, dass bisher nur fünf Länder planen, eine Rechtsverordnung für Städte mit angespannten Wohnungsmärkten zu erlassen, in denen die Mietpreisbremse dann gilt. Zwei weitere Länder können sich einen derartigen Schritt immerhin vorstellen.
Lukas Siebenkotten: "Diese zögerliche Haltung der Bundesländer zeigt, wir brauchen eine bundesweit einheitliche Mietpreisbremse. Der Umweg über die Landesregierungen kostet viel Zeit und führt dazu, dass letztlich die Einführung der Mietpreisbremse vom politischen Willen der 16 Landesregierungen abhängt. Das kann nicht richtig sein."
Deutscher Mieterbund e.V.
Littenstraße 10
10179 Berlin
Telefon: 030 / 2 23 23 - 0
Telefax: 030 / 2 23 23 - 100
Mail: info@mieterbund.de
URL: <http://www.mieterbund.de/>

Pressekontakt

Deutscher Mieterbund e.V.

10179 Berlin

mieterbund.de/
info@mieterbund.de

Firmenkontakt

Deutscher Mieterbund e.V.

10179 Berlin

mieterbund.de/
info@mieterbund.de

Aufgaben und Ziele
Der Schwerpunkt der Tätigkeit der örtlichen Mietervereine ist die unmittelbare Interessenvertretung der Mieter. Dazu gehören zum Beispiel die Rechtsberatung und Hilfe bei Mietstreitigkeiten. Beraten und geholfen werden darf aber nur Mitgliedern der Mietervereine, so schreibt es das Gesetz vor. Viele Mietervereine bieten darüber hinaus auch Prozesskostenschutz durch eine Rechtsschutz-Versicherung. Zweiter Aufgabenschwerpunkt der Mietervereine ist die Mitwirkung an der kommunalen Wohnungspolitik und bei städtebaulichen Maßnahmen. Mietervereine verstehen sich hier als Sprachrohr aller Mieter. Sie nehmen als Sachverständige kritisch Stellung, geben Anregungen und weisen auf Probleme hin. Als Kenner des örtlichen Wohnungsmarktes erfüllen sie die ihnen gesetzlich zugewiesene Aufgabe, an der Aufstellung so genannter Mietspiegel mitzuwirken, die große Bedeutung im Mieterhöhungsverfahren für frei finanzierte Wohnungen haben und die Transparenz über die aktuellen Mietpreise schaffen. Der Mitgliedsbeitrag bei den örtlichen Mietervereinen beträgt zur Zeit zwischen 40 und 90 Euro jährlich. Die Höhe hängt vom Leistungsangebot und dem Grad der Professionalisierung des Mietervereins ab. Im Mittelpunkt der Arbeit der Landesverbände und des Deutschen Mieterbundes steht die politische Interessenvertretung der Mieter. Der Deutsche Mieterbund ist fachlich anerkannter Gesprächspartner für Gesetzgeber und Verwaltung, der zu allen wesentlichen Gesetzgebungsmaßnahmen im Bereich Bauen und Wohnen gehört wird. Im Mittelpunkt der politischen Arbeit steht die Erhaltung und der Ausbau des sozialen Mietrechts (Mieterschutz). Kernstücke dieses sozialen Mietrechts sind der Schutz des Mieters vor willkürlicher Kündigung und der Schutz vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen. Der Deutsche Mieterbund tritt ein für bezahlbare Mieten, ein leistungsstarkes Wohngeld und ein ausreichendes Wohnungsangebot, insbesondere auch für die Beibehaltung und stetige Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Daneben sind Fragen des Städtebaus und der Stadtentwicklung, Maklerrecht, Nebenkosten, Heizkostenverordnung und Umweltfragen Bereiche, zu denen der Deutsche Mieterbund Vorschläge erarbeitet und kritisch Stellung nimmt. Ein wichtiges Tätigkeitsfeld ist die Aufklärung der Öffentlichkeit über miet- und wohnungsrechtliche Fragen. Bei mehr als 20 Millionen Wohnraum-Mietverhältnissen ist das Mietrecht von größter praktischer Bedeutung. Andererseits haben gesetzliche Regelungen und die Rechtsprechung zu Einzelfragen einen Umfang angenommen, der für den Laien, Mieter oder Vermieter, nur schwer zu überschauen ist. Der Deutsche Mieterbund deckt das Informationsbedürfnis ab durch regelmäßige Veröffentlichungen über die Massenmedien, eine Vielzahl von ständig aktualisierten Aufklärungsbroschüren sowie die zweimonatlich erscheinende MieterZeitung und die mietrechtliche Fachzeitschrift "Wohnungswirtschaft und Mietrecht".